

Ämtliche Nachrichten

der

Invaliditäts- und Altersversicherungsausschuss

für die Provinz Schlesien.

Die „Ämtlichen Nachrichten“ erscheinen je nach Bedürfniss. Die Mitglieder des Vorstandes und des Ausschusses der Versicherungsausschuss, die Vorsitzenden der Schlichtungsgerichte, die oberen Verwaltungsbehörden, Landräthe, Magistrate, beziehungsweise städtische Polizeiverwaltungen und Ämtsvorsteher, sowie andere vom Vorstande zu bestimmende Stellen erhalten dieselben kostenfrei. Abonnementspreis bei jährlicher Vorausbezahlung bei allen Postämtern 2 Mk. und für in Breslau Anssässige bei der Expedition des Blattes Verlagsbuchhandlung **Wilh. Gottl. Korn**, Schweidnitzerstrasse 47, 1,60 Mk. Neu eintretende Abonnenten erhalten die bereits erschienenen Nummern des laufenden Jahrgangs nachgeliefert.

N^o 4.

Breslau, den 1. October.

1897.

Inhalt: Der Umtausch von Quittungskarten, welche wegen verspäteter Vorlage nach § 104 ihre Gültigkeit verloren haben. — Die Ausstellung neuer Quittungskarten für diejenigen weiblichen Personen, welche nach der Eheschließung auf Grund des § 30 die Erstattung der Hälfte der für sie geleisteten Beiträge beantragen. — Doppelmarken, die als solche gültig und wirksam zum Zwecke der freiwilligen Versicherung verwendet sind, können nicht auf früher liegende Zeiten versicherungspflichtiger Beschäftigung angerechnet werden. — Der Anspruch auf vererbte Rentenrückstände gegenüber dem Ansprüche auf Beitragsersstattung nach § 31. — Revisionsentscheidungen. — Personalien.

Der Umtausch von Quittungskarten, welche wegen verspäteter Vorlage nach § 104 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes ihre Gültigkeit verloren haben.

Nach § 104 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes verliert eine Quittungskarte ihre Gültigkeit, wenn sie nicht bis zum Schlusse des dritten Jahres, welches dem am Kopfe der Karte verzeichneten Jahre folgt, zum Umtausche eingereicht worden ist, mit anderen Worten: eine 1893 ausgestellte Quittungskarte am Schlusse des Jahres 1896, eine 1894 ausgestellte Quittungskarte am Schlusse des Jahres 1897 u. s. w. Die Aufschrift auf jeder einzelnen Quittungskarte läßt außerdem keinen Zweifel darüber, bis zu welchem Zeitpunkte zur Vermeidung der Ungültigkeit die Karte umzutauschen ist. Trotzdem wird immer noch in mehreren tausend Fällen alljährlich der rechtzeitige Umtausch versäumt. Aus der Bearbeitung der dann bei uns eingehenden zahlreichen Anträge auf nachträgliche Anerkennung der fortdauernden Gültigkeit erwächst nicht nur uns, sondern, wegen der meist nothwendigen Ermittlungen, auch den Gemeinde- und Ortspolizeibehörden eine erhebliche Arbeitslast, die thunlichst vermieden werden möchte.

Wir wiederholen daher unser früher schon mehrfach ausgesprochenes Ersuchen auf rechtzeitigen Umtausch der Quittungskarten dringend hinzuwirken, wobei wir besonders darauf aufmerksam machen, daß die öfter wahrgenommene Weigerung der Quittungskarten-Ausgabestellen, eine nicht völlig mit Marken gefüllte Quittungskarte umzutauschen, unzulässig ist, da nach § 102 Absatz 2 des Gesetzes der Versicherte berechtigt ist, auf seine Kosten zu jeder Zeit die Ausstellung einer neuen Quittungs-

karte gegen Rückgabe der älteren Karte zu beanspruchen, und nach Ziffer 38 Absatz 2a der preussischen Anweisung, betreffend das Verfahren bei der Ausstellung v. Quittungskarten, vom 17. October 1890 auch von diesen Kosten (5 Pf. für die Karte) befreit ist, wenn die Karte mindestens 30 Marken enthält.

Es ist nun trotz aller Belehrungen nicht ausgeschlossen, daß auch fernerhin Quittungskarten nach Ablauf der Gültigkeitsdauer zum Umtausch vorgelegt werden. Bezüglich dieser Karten wird unter Ziffer 15 Absatz 2 der vorerwähnten Anweisung vom 17. October 1890 bestimmt, daß sie nur dann aufzurechnen sind, wenn der Inhaber nachweist, daß der Vorstand der Versicherungsanstalt die fortdauernde Gültigkeit der Karte anerkannt hat. Die Bestimmung ist vielfach dahin verstanden worden, daß auch der Umtausch, d. h. die Ausstellung einer neuen Quittungskarte gegen Rückgabe der ungültigen nicht erfolgen dürfe, wenn über die Fortdauer der Gültigkeit Entscheidung noch nicht getroffen ist. Diese Auffassung ist jedoch eine irrige, denn einmal widerspricht sie der oben angezogenen Bestimmung des § 102 des Gesetzes, wonach der Versicherte zu jeder Zeit die Ausstellung einer neuen Quittungskarte beanspruchen kann, ferner der Vorschrift in Ziffer 11 Absatz 1 der Anweisung vom 17. October 1890, wonach der Umtausch auch stattzufinden hat, wenn die Gültigkeit der Karte nach § 104 des Gesetzes erloschen ist und endlich würde die regelmäßige weitere Beitragsentrichtung (§ 109) in unzulässiger Weise unterbrochen werden, da oft doch längere Zeit vergeht, ehe über die weitere Gültigkeit der zum Umtausch vorgelegten Karte Entscheidung getroffen werden kann. Es darf daher, auch wenn die zum Umtausch vorgelegte Karte für ungültig erachtet wird, die Ausstellung einer neuen Quittungskarte nicht verweigert werden.

Uebrigens hat das Reichsversicherungsamt in der Revisionsentscheidung 479 vom 3. Dezember 1895 (Amtliche Nachrichten des R.-V.-A. 1896, S. 152) den § 104 des Gesetzes dahin ausgelegt, daß die dort angegebene Bestimmung über das Ungültigwerden einer verspätet zum Umtausch vorgelegten Quittungskarte nicht etwa einen neuen, selbständig zu beurtheilenden Grundsatz aufstellen sollte, sondern daß damit lediglich eine leichtere Kontrolle des Erlöschens der Anwartschaft nach Maßgabe des § 32 des Gesetzes ermöglicht werden sollte, und daß daher der § 104 jedenfalls dann nicht Anwendung findet, d. h. die verspätet umgetauschte Quittungskarte also nicht ungültig wird, wenn unbedenklich feststeht, daß der Inhaber in vier aufeinanderfolgenden Kalenderjahren während mindestens 47 Wochen sich in einem Zwangs- oder Selbstversicherungsverhältnis befunden hat. Ferner kann nach dem an anderer Stelle der Revisionsentscheidung ausgesprochenen Grundsatz ein Versicherter, der zwar in vier aufeinanderfolgenden Kalenderjahren während 47 Wochen versicherungspflichtige Lohnarbeit verrichtet hat, für welchen jedoch aus irgend einem Grunde die geschuldeten Beiträge nicht innerhalb des gleichen Zeitraumes ordnungsmäßig entrichtet worden sind, dieserhalb nicht ohne weiteres seiner Anwartschaft gemäß § 32 des Gesetzes verlustig gehen, da die Nachbringung der Beiträge zulässig ist.

Hiernach läßt sich bei Vorlage einer verspätet zum Umtausch vorgelegten Quittungskarte noch gar nicht mit Sicherheit behaupten, ob dieselbe als ungültig ausscheiden muß, ja sie wird sogar in der Regel dann als gültig angesehen werden müssen,

wenn in den vier Kalenderjahren von Ausstellung der Karte ab mindestens 47 Beitragsmarken ordnungsmäßig verwendet sind. Gleichwohl ist jede verspätet zum Umtausch vorgelegte Quittungskarte zunächst als ungültig im Sinne des § 104 des Gesetzes zu behandeln.

Danach ergibt sich für das Verfahren beim Umtausch:

1. Es ist auf jeden Fall, sofern der Umtausch von dem Versicherten beantragt wird, eine neue Quittungskarte mit folgender Nummer gegen Abnahme der alten Karte aufzustellen.
2. Die alte Karte wird einbehalten, aber nicht aufgerechnet. Dabei empfiehlt sich jedoch auf der Karte in Blei zu vermerken, daß eine neue Karte mit folgender Nummer ausgestellt ist.
3. Dem Versicherten ist unter Hinweis auf die Nachtheile, welche ihm aus der Ungültigkeit der vorgelegten Quittungskarte erwachsen können, aufzugeben, den Antrag auf Anerkennung der fortdauernden Gültigkeit unter Angabe der Gründe, aus denen der rechtzeitige Umtausch versäumt und in der Zwischenzeit nicht mehr Beiträge verwendet worden sind, sowie ob und für welche Zeit etwa Arbeitgeber mit Beiträgen im Rückstande sind, bei der Versicherungsanstalt zu stellen.
4. Legt der Versicherte den Antrag, für dessen Einsendung an die Versicherungsanstalt er selbst die Kosten zu tragen hat, der Quittungskarten-Ausgabestelle vor, so empfiehlt sich, die ungültige Quittungskarte beizufügen und den Antrag an den Vorstand derjenigen Versicherungsanstalt, an welche nach Ausweis der Karte zuletzt Beiträge entrichtet sind, einzusenden.
5. Stellt der Versicherte keinen Antrag auf Anerkennung der fortdauernden Gültigkeit der Quittungskarte, so hat die Ausgabestelle nichts weiter zu veranlassen, sondern die Quittungskarte mit dem unter Ziffer 2 bezeichneten Bleivermerk in Verwahrung zu nehmen und gleichzeitig mit den aufgerechneten Quittungskarten zum Vierteljahrestermine an die Versicherungsanstalt einzusenden. Von Wieder-
aushändigung der umgetauschten Quittungskarte an den Versicherten ist zur Verhinderung eines Mißbrauchs und Vermeidung späterer Rückfragen nach dem Verbleib der Karte unter allen Umständen abzusehen.
6. Stellt der Versicherte später doch noch bei uns den Antrag auf Anerkennung der fortdauernden Gültigkeit, so behalten wir uns vor, die Karte von der Ausgabestelle einzufordern, sofern sie noch nicht bei uns eingegangen sein sollte. Zur besseren Auffindung der Karten sind die Versicherten anzuhalten, in ihren Anträgen neben Namen und Stand auch ihren Geburtstag in jedem Falle anzugeben.
7. Zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens werden wir für die Folge auch in den Fällen, wo wir die Fortdauer der Gültigkeit einer Quittungskarte nicht anerkennen, die neue Karte nicht auf die Nummer der ungültigen Karte, wie dies nach unserem Rundschreiben vom 15. October 1895 (Amtliche Nachrichten der Versicherungsanstalt 1895, Seite 65, Absatz 4) bisher geschehen, sondern mit folgender Nummer ausstellen lassen. Die ungültige Karte wird, um die fortlaufende Reihe nicht zu unterbrechen, nicht ausgeschieden, sondern so wie sie vorliegt, in Verwahrung genommen.

8. Wir behalten uns vor, in geeigneten Fällen auch dann, wenn ein Antrag auf Anerkennung der fortdauernden Gültigkeit einer verspätet zum Umtausch vorgelegten Quittungskarte nicht gestellt ist, in den Fällen der §§ 32, 104 des Gesetzes Ermittlungen über die Ursachen der Versäumniß anzustellen, um Beitragshinterziehungen aufzudecken und den Versicherten ihre Ansprüche aus dem Versicherungsverhältniß, die sich nach Jahren schwer feststellen lassen, thunlichst bald zu sichern.

Breslau, den 29. September 1897.

Der Vorstand

der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt für die Provinz Schlesien.

Krah.

G.-Nr. I. 5923.

Die Ausstellung neuer Quittungskarten für diejenigen weiblichen Personen, welche nach der Eheschließung auf Grund des § 30 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes die Erstattung der Hälfte der für sie geleisteten Beiträge beantragen.

Nach den bis jetzt gemachten Wahrnehmungen darf als feststehend angenommen werden, daß weibliche Personen, welche eine Ehe eingehen, mit verhältnißmäßig sehr geringen Ausnahmen, den Anspruch auf Erstattung der Beiträge aus § 30 des Gesetzes selbst dann geltend machen, wenn bei der Eheschließung schon die Absicht besteht, das Versicherungsverhältniß fortzusetzen, oder doch nach Lage der Verhältnisse vorzuziehen ist, daß die Person auch nach der Eheschließung genöthigt sein wird, durch irgend welche Lohnarbeit zum Erwerb des Unterhalts für die Familie beizutragen.

Auch der Hinweis darauf, daß mit der Erstattung der Beiträge die durch das frühere Versicherungsverhältniß begründete Anwartschaft (auf Rente) erlischt, hält nach den gewonnenen Erfahrungen diese Personen nicht ab, den Erstattungsanspruch geltend zu machen, weil die Aussicht auf den baldigen Empfang einer baaren Summe, die fast immer nöthig gebraucht wird, alle anderen Erwägungen über künftige Nachtheile zurückdrängt.

Mit dieser Thatfache muß man also rechnen und danach die Frage beantworten, wie bei der Ausstellung von Quittungskarten bei weiblichen Personen zu verfahren ist, die nach der Eheschließung und Erhebung des Anspruchs auf Beitragserstattung das Versicherungsverhältniß fortsetzen oder später wieder in die Versicherung eintreten.

Danach ergibt sich:

1. Stellt die Person mit dem Zeitpunkte der Verheirathung oder schon vorher die versicherungspflichtige Beschäftigung ein und werden die bis dahin entrichteten Beiträge erstattet, so wird mit dem etwaigen späteren Wiedereintritt in die Versicherung ein neues Versicherungsverhältniß begründet. Es ist daher in diesem Falle eine neue Quittungskarte Nr. 1 und zwar gemäß § 102, Absatz 1 des Gesetzes, am Kopfe mit dem Namen derjenigen Versicherungsanstalt auszustellen, in deren Bezirk die Person wieder in Beschäftigung tritt, ohne Rücksicht auf die Zahl der früher vorhandenen Karten und den Namen der Versicherungsanstalt, den diese trugen.

2. Setzt die Person auch nach der Eheschließung die Versicherung fort, gleichviel ob auf Grund weiterer versicherungspflichtiger Beschäftigung oder im Wege der freiwilligen Fortsetzung (§§ 117, 118), erhebt aber gleichwohl den Anspruch auf Erstattung der Beiträge, so sind in Bezug auf das Verfahren bei Ausstellung der neuen Quittungskarte drei Fälle zu unterscheiden:

- a) Die Person macht den Anspruch auf Erstattung gleich nach der Eheschließung, ehe noch weitere Marken verwendet sind, geltend, beantragt die Ausstellung einer neuen Quittungskarte aber erst, nachdem der Inhalt der Vorkarten erstattet ist. Dann ist die Anwartschaft aus dem früheren Versicherungsverhältnis zweifellos erloschen und es empfiehlt sich, wie in dem Falle zu 1, ein neues Versicherungsverhältnis zu begründen unter Ausstellung einer Quittungskarte Nr. 1, deren Verwendbarkeit von dem Zeitpunkte der Eheschließung ab zu bestimmen ist.
- b) Die Person macht den Anspruch auf Erstattung gleich nach der Eheschließung, ehe noch weitere Marken verwendet sind, geltend, beantragt aber, um die Beitragserstattung während des Erstattungsverfahrens nicht zu unterbrechen, den Umtausch der letzten Quittungskarte.

Dem Antrage muß stattgegeben werden und zwar ist in diesem Falle die neue Karte nicht auf Nr. 1, sondern unter laufender Nummer, anschließend an die zum Umtausch vorgelegte Quittungskarte auszustellen und am Kopfe mit dem Namen derselben Versicherungsanstalt wie die Vorkarte zu bezeichnen. Die Ausstellung einer neuen Quittungskarte Nr. 1 ist in diesem Falle nicht angezeigt, weil bei Stellung des Antrages auf Erstattung der Beiträge und Ausfertigung der neuen Karte noch gar nicht feststeht, auch durch die Quittungskarten-Ausgabestelle nicht geprüft werden kann, ob die Voraussetzungen für die Beitragserstattung alle erfüllt sind, oder ob der Anspruch nicht aus irgend einem Grunde ganz oder zum Theil abzulehnen ist und entsprechend die Anwartschaft aus der früheren Versicherung bestehen bleibt.

- c) Die Person macht den Anspruch auf Erstattung der Beiträge erst einige Zeit nach der Eheschließung geltend, nachdem inzwischen in der bis dahin benutzten Quittungskarte eine weitere Verwendung von Beitragsmarken stattgefunden hat. In diesem Falle bleiben auch nach Erstattung der bis zur Eheschließung geleisteten Beiträge, in der letzten, dem Antrage beigefügten Quittungskarte noch gültige Beitragsmarken, so daß die hierdurch aus dem bisherigen Versicherungsverhältnis erworbene Anwartschaft nicht erloschen ist.

Wird daher die Ausstellung einer neuen Quittungskarte beantragt, so kann diese grundsätzlich nur, wie in dem Falle 2b unter fortlaufender Nummer, anschließend an die letzte im Gebrauch befindliche Karte ausgefertigt werden.

Unterläßt die Versicherte den Umtausch, so erhält sie nach Erstattung der Beiträge und Vermerk über die Art und Zahl der erstatteten Marken der letzten Karte diese seitens der Versicherungsanstalt zur weiteren Verwendung zurück.

Im Anschluß hieran wird in Erinnerung gebracht, daß der Anspruch auf Beitrags-
erstattung binnen drei Monaten nach der Verheirathung geltend gemacht, d. h. der Antrag
innerhalb dieser Frist bei derjenigen Versicherungsanstalt eingegangen sein muß, an die
ausweislich der Quittungskarte, zuletzt Beiträge entrichtet worden sind. Wird diese Frist
nicht gewahrt, so muß der Anspruch abgelehnt werden. Bei Ausstellung von Quittungs-
karten an verheirathete weibliche Personen ist laut der besonderen Anmerkung auf dem
Formular neben dem Vor- und Zunamen auch der Geburtsname der Versicherten, z. B.
„Anna Müller, geborene Scholz“ anzugeben und bei weiblichen Personen, die sich
in der Zeit zwischen der Ausstellung und Aufrechnung der Karte verheirathet haben,
gelegentlich der Aufrechnung der Karte seitens der Aufrechnungsstelle der durch die Ehe-
schließung erlangte Name hinzuzufügen, z. B. „Klara Weiß, seit 21. 9. 97 verheirathete
Schwarz.“ Für die ordnungsmäßige Verwahrung der Quittungskarten ein und der-
selben Person an einer Stelle sind diese Angaben unerlässlich.

Breslau, den 21. September 1897.

**Der Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt
für die Provinz Schlesien.**

G.-Nr. I. 3533.

Krag.

**Doppelmarken, die als solche gültig und wirksam zum Zwecke der freiwilligen
Versicherung verwendet sind, können nicht auf früher liegende Zeiten versicherungsp-
flichtiger Beschäftigung angerechnet werden.**

Dieser Grundsatz ist von dem Reichs-Versicherungs-Amt in einer Revisions-
entscheidung vom 3. Juli 1897 — R.-B.-A. IIa 14 266 — in einer Altersrentensache
(V. A. 614/97) ausgesprochen worden, in der die Erfüllung von 41 Beitragswochen auf
die Wartezeit fehlte. Diesen Mangel hatte die Rentenanwärterin zunächst durch die
Leistung von 41 Doppelmarken in gültiger Weise behoben, obwohl sie für früher
geleistete versicherungspflichtige Arbeit eine gleiche Anzahl von Pflichtmarken hätte nach-
bringen und damit einen früheren Rentenbeginn erreichen können.

Um diesen noch nachträglich herbeizuführen, leistete sie nicht die rückständigen
Pflichtmarken, sondern begehrte die Umwandlung der gültig geleisteten Doppelmarken in
Pflichtmarken im Wege der Beitragsberichtigung bezw. die alsbaldige Unrechnung der
Doppelmarken auf die erwiesenen Zeiten der versicherungspflichtigen Beschäftigung.

In der Revisionsentscheidung ist dem gegenüber ausgeführt worden:

Die Entscheidung der Sache hängt, nachdem auch jetzt Pflichtmarken für die
etwa durch die vorhandenen einfachen Marken nicht gedeckten Arbeitszeiten nicht bei-
gebracht worden sind, lediglich davon ab, ob es zulässig ist, die von der Klägerin ver-
wendeten 41 Doppelmarken auf derartige ungedeckte Arbeitszeiten anzurechnen. Dies ist
zu verneinen.

Die in Rede stehenden Doppelmarken sind von der Klägerin, dem ihr von
der Beklagten durch den Bescheid vom 24. Juli 1896 ertheilten Rathe entsprechend, zum
Zwecke freiwilliger Fortsetzung der Versicherungspflicht beigebracht worden, nicht etwa
irrtümlich an Stelle von einfachen Marken zur Deckung von Arbeitszeiten, wie

Letzteres in dem Falle der Revisionsentscheidung 218 — Amtliche Nachrichten des R.=B.=A. 3. und N.=B. 1893 Seite 64 — geschehen war. Dies ergibt sich aus den Verhandlungen, welche zur Bewilligung der Rente führten, und findet eine weitere Bestätigung durch den Inhalt der Revisionsgegenschrist. Hiernach sind die Doppelmarken als solche gültig und wirksam verwendet worden. Von einem Irrthum könnte, vorausgesetzt, daß die beigebrachten Arbeitsnachweise so zuverlässig sind, wie der Staatskommissar annimmt, höchstens in dem Sinne eines Irrthums im Beweggrunde die Rede sein; ein solcher Irrthum entkräftet aber nach allgemein anerkannten Grundsätzen das Rechtsgeschäft regelmäßig noch nicht. Selbst ein solcher Irrthum scheint im Uebrigen insofern nicht vorgelegen zu haben, als die Klägerin nach ihren Anführungen in der Revisionsgegenschrist sich wohl bewußt war, daß sie noch Pflichtmarken zu fordern habe, und nur, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden, den ihr von der Beklagten erteilten Rath befolgt hat.

Sind aber die Doppelmarken wirksam zum Zwecke freiwilliger Versicherung verwendet, so besteht für die beklagte Versicherungsanstalt keinerlei Verpflichtung, den dafür aufgewendeten Betrag zu erstatten oder eine Umwandlung dieser Marken in einfache im Wege der Berichtigung beziehungsweise ihre alsbaldige Anrechnung auf Zeiten versicherungspflichtiger Beschäftigung zu dulden. Daneben bleibt selbstverständlich ihr etwaiger Anspruch auf die für solche Zeiten rückständigen Marken unverändert bestehen.

Da die Doppelmarken nur so, je für eine Woche, angerechnet werden dürfen, daß die erste für diejenige Kalenderwoche gilt, welche auf die letzte durch eine Pflichtmarke belegte Woche folgt, so hat der angefochtene Bescheid zutreffend den Rentenbeginn auf den 13. Juli 1896 bestimmt.

Der Anspruch auf vererbte Renteurückstände gegenüber dem Anspruche auf Beitragsersstattung nach § 31 des Gesetzes.

Nachdem das Reichs-Versicherungsamt in der Revisionsentscheidung 601 — Amtliche Nachrichten des R.=B.=A. 1897 S. 414 — den Grundsatz ausgesprochen hat, daß bei dem Zusammentreffen von Renten- und Erstattungsansprüchen

- a) im Falle des Todes des Versicherten nach der Zustellung des Rentenbewilligungsbescheides — wenn auch vielleicht vor Abhebung der Rente — lediglich die Erben die Rente, nicht jedoch die Erstattungsberechtigten Beitragsersstattung fordern dürfen, während dann,
- b) wenn der Versicherte vor Zustellung des Rentenbewilligungsbescheides verstirbt, nur der Erstattungsanspruch in Frage kommt,

wird hier folgendes Verfahren beobachtet werden:

1. Stirbt der Rentenbewerber nach Zustellung des Rentenbewilligungsbescheides, so kann ein Erstattungsanspruch überhaupt nicht geltend gemacht werden. Wird ein solcher dennoch erhoben, so wird er unter Hinweis auf die erfolgte Rentenbewilligung gemäß der Revisionsentscheidung 602 abgelehnt werden.

2. Stirbt der Versicherte vor Zustellung des Bescheides, so steht den im § 31 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes bezeichneten Hinterbliebenen in erster Linie die Wahl frei, ob sie den Anspruch auf Erstattung der Beiträge geltend machen oder den Rentenanspruch weiter verfolgen wollen. Danach bleibt zu unterscheiden:

- a) Wird der Antrag auf Erstattung der Beiträge von den Berechtigten gestellt, so wird demselben stattgegeben, ohne auf die Frage der den Hinterbliebenen möglicherweise zufallenden Rentenrückstände einzugehen. Ein etwa konkurrierender Antrag auf Bewilligung der Rentenrückstände wird unter Hinweis auf den vorliegenden Erstattungsantrag gemäß der Revisionsentscheidung 601 abgelehnt werden.
- b) Wird dagegen ein Antrag auf Erstattung der Beiträge nicht gestellt, sondern seitens der im § 31 bezeichneten Hinterbliebenen lediglich der Rentenanspruch weiter verfolgt, so wird, ohne die Frage zu prüfen, ob die Voraussetzungen der Beitragserrstattung vorliegen, das Rentenfeststellungsverfahren durchgeführt werden. Ein nach Empfang vererbter Rentenrückstände etwa erhobener Anspruch auf Beitragserrstattung wird unter Hinweis auf die erfolgte Rentenbewilligung gemäß der Revisionsentscheidung 600 abgelehnt werden.
- c) Wird der Antrag auf Bewilligung der Rentenrückstände nicht von dem im § 31 bezeichneten Hinterbliebenen, sondern von anderen Erben des verstorbenen Versicherten geltend gemacht, so wird zunächst geprüft, ob erstattungsberechtigte Hinterbliebene vorhanden sind und zutreffendenfalls denselben anheimgegeben, den Erstattungsantrag zu stellen oder dem Antrage auf Bewilligung der Rentenrückstände sich anzuschließen. Thun sie das Letztere, so wird dem Rentenverfahren Fortgang gegeben werden. Erheben sie dagegen Anspruch auf Erstattung der Beiträge, so wird diesem Antrage stattgegeben und der Anspruch der nicht erstattungsberechtigten Erben unter Hinweis auf den vorliegenden Erstattungsantrag gemäß der Revisionsentscheidung 601, wonach der Rentenanspruch der Erben vor dem Erstattungsanspruch der Wittve und der erstattungsberechtigten Kinder zurückzutreten hat, abgelehnt werden.
- d) Sollte, was nicht ausgeschlossen ist, von den im § 31 bezeichneten Hinterbliebenen ein Antrag auf Erstattung der Beiträge gestellt, von den sonstigen Erben dagegen die Bewilligung der Rentenrückstände gefordert werden, so wird, wie am Schlusse bei 2c angegeben, dem Erstattungsantrage entsprochen werden, die weitere Verfolgung des Rentenanspruches dagegen abgelehnt werden.

Breslau, den 13. September 1897.

Der Vorstand
der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt für die Provinz Schlesien.

Kraß.

Revisionsentscheidungen.

Die Nummern 7, 8 und 9 der „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes“ bringen aus dem Gebiete der Invaliditäts- und Altersversicherung die folgenden Revisionsentscheidungen, Bescheide und Beschlüsse:

- Nr. 580, vom 8. Mai 1897.** Der Schiedsgerichtsvorsitzende kann im Beweisverfahren rechtswirksam dem Kläger für den Fall seiner Nichtstellung zur ärztlichen Untersuchung Nachtheile androhen. Eine derartige Androhung des Vorsitzenden kann die endgültige Entscheidung des Schiedsgerichts nicht unbedingt binden, insbesondere wird die Androhung dann nicht auszuführen sein, wenn die Partei aus entschuldbaren Gründen sich zu der ihr auferlegten ärztlichen Untersuchung nicht gestellt hat; deshalb muß der in der gedachten Weise zur Beweisaufnahme geladenen Partei gegebenenfalls Gelegenheit geboten werden, sich nach dieser Richtung zu vertheidigen, bevor die Drohung des Gerichts zur Ausführung kommt.
- Nr. 581, vom 8. Mai 1897.** Ein durch rechtskräftige Entscheidung geschlossenes Verfahren kann auf Grund der im § 543 Nr. 1 bis 5 der Zivil-Prozessordnung aufgeführten strafbaren Handlungen nur dann wieder aufgenommen werden, wenn die Voraussetzung des § 544 a. a. O. vorliegt, d. h. wenn wegen jener strafbaren Handlungen eine rechtskräftige Verurtheilung ergangen ist, oder wenn die Einleitung oder Durchführung eines Strafverfahrens aus anderen Gründen als wegen Mangels an Beweis nicht erfolgen kann.
- Nr. 582, vom 8. Mai 1897.** Der Kolorist einer Kattunfabrik ist als Betriebsbeamter angesehen worden, da ihm eine Betheiligung an der Betriebsleitung und eine gewisse Aufsichtsstellung gegenüber den Arbeitern zustand, sodaß er nicht wie ein Vorarbeiter sich an der Spitze der Arbeiter oder einer Arbeitergruppe des Betriebes befand, sondern als Vertreter der Betriebsleitung den Arbeitern gegenübertrat.
- Nr. 583, vom 13. Mai 1897.** Die zeitliche Begrenzung einer auf Grund des § 10 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zuerkannten Invalidenrente ist grundsätzlich unzulässig; eine ausnahmsweise Festsetzung des Endtermins der bewilligten Invalidenrente würde nur dann ohne Bedenken erfolgen können, wenn zur Zeit der Bewilligung die wesentliche Voraussetzung für die Rente — die Erwerbsunfähigkeit — schon wieder beseitigt oder aus einem sonstigen gesetzlichen Grunde die Rente bis dahin wieder in Wegfall gekommen war.
- Nr. 584, vom 26. Mai 1896.** Nach Ablauf eines Jahres ununterbrochener Erwerbsunfähigkeit im Sinne des § 10 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes ist freiwillige Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses behufs Erlangung der Invalidenrente unzulässig.
- Nr. 585, vom 13. Mai 1897.** Die reichsgesetzliche Invalidenrente hat nach § 34 Ziffer 2 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes beim Zusammentreffen mit einer militärischen Invalidenpension zu ruhen. Der letzteren stehen Kriegszulagen, Zulagen für Nichtbenutzung des Zivilversorgungsscheins und Anstellungsentzädigungen im Sinne des Artikels 7 des Gesetzes vom 22. Mai 1893 (R.-G.-Bl. S. 171) gleich.
- Nr. 586, vom 26. Mai 1897.** Der Pensionsanspruch gegenüber einer Pensionskasse für die Mannschaften der Berufsfeuerwehr und des Nachwachtcorps einer Stadt

ist der von einem Kommunalverbande gewährten Pension nach Lage des Einzelfalles nicht als gleichwerthig erachtet worden.

Nr. 587, vom 8. Mai 1897. Die Schiffbesatzung ausländischer Seeschiffe, die sich in deutschen Häfen und Gewässern aufhalten, untersteht nicht der Versicherung nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. Dagegen erstreckt sich die Versicherung auf die nicht zur Schiffbesatzung solcher Schiffe gehörenden Personen. Ausgenommen sind nur die Personen auf einem unter der Flagge eines fremden Souveräns fahrenden Seeschiffe und auf einem fremden Kriegsschiffe.

Nr. 588, vom 13. Mai 1897. Diejenige durch Krankheit gedeckte Kalenderwoche, in welche der Eintritt der Invalidität fällt, kann als Krankheitswoche im Sinne des § 17 Abs. 2 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes nicht angerechnet werden.

Nr. 589, vom 18. Juni 1897. Die Entscheidungen der Verwaltungsbehörden nach § 122 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes dienen nur der Regelung der laufenden Versicherung, und, wenn sie darüber hinaus auch für den Rentenanspruch in soweit maßgeblich wirken, als dieser Anspruch von der Beitragsentrichtung mit abhängig ist, so kommt ihnen doch an sich eine weitere, die Spruchbehörden einschränkende Wirkung nicht zu. Wie dies das Reichs-Versicherungsamt bereits hinsichtlich der Beurtheilung der vorgezeichneten Thätigkeit eines Rentenbewerbers entschieden hat, so muß es auch in Bezug auf die Frage gelten, ob jemand im Sinne des Bundesrathsbeschlusses vom 27. November 1890/22. Dezember 1891 (Amtl.-Nachr. der Versich.-Anst. 1892 S. 11) zu den Personen gehört, welche berufsmäßig Vohuarbeiten überhaupt nicht verrichten.

Nr. 590, vom 3. Juli 1897. Es ist angängig, eine mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheit als festgestellt anzunehmen, ungeachtet des Fehlens objektiver Merkmale für eine bestimmte Art der Erkrankung.

Nr. 591, vom 3. Juli 1897. Das Rechtsmittel der Berufung, wie es im § 77 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes vorgesehen ist, setzt einen Bescheid des Vorstandes der Versicherungsanstalt voraus, welcher als Entscheidung einer Spruchbehörde erster Instanz bestimmt ist, formales Recht zu schaffen. In dem Verfahren nach § 84 a. a. O. sind die unteren Verwaltungsbehörden nicht berufen, unter Abwägung der beiderseits beigebrachten Beweismittel einen an sich zulässigen neuen Antrag sachlich zu prüfen, vielmehr haben sie nur dann, wenn ein erst vor kurzer Zeit rechtskräftig abgewiesenes Gesuch in äußerlich unzulänglicher Weise, nämlich ohne eine Bescheinigung, wiederholt wird, durch einen Vorbescheid den betheiligten Amtsstellen die nutzlose Arbeit eines abermaligen förmlichen Rentenverfahrens zu ersparen.

Nr. 592, Beschuß vom 1. Mai 1897. Nur volle Kalenderwochen sind als Wochen militärischer Dienstleistung anzurechnen. Militärische Dienstleistungen, die in eine nach Eintritt der Invalidität liegende Zeit fallen, sind ebenso wie Krankheitswochen nach Eintritt der Invalidität oder Beiträge für derartige Zeiten für die Rentenvertheilung ohne Werth.

- Nr. 593, Bescheid vom 3. Juni 1897.** Die Anfechtung einer nach dem Sitzungsprotokolle über die mündliche Verhandlung vor dem Schiedsgericht erklärten Zurücknahme der Berufung ist an sich zulässig und kann darauf gestützt werden, daß der Vorgang unrichtig beurkundet sei (§ 380 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung). Die Entscheidung darüber, ob die Zurücknahme in der That nicht in verbindlicher Weise erfolgt sei, gebührt dem Schiedsgericht; auch ist darüber im geordneten Verfahren der Sache zu verhandeln.
- Nr. 594, vom 21. März 1895 und vom 30. April 1895.** Blinde Personen werden, wenngleich sie unter wesentlicher Unterstützung ihrer Familienangehörigen thatsächlich noch geringfügige Dienste leisten mögen, regelmäßig als erwerbsunfähig gelten müssen; doch ist immerhin sehr wohl denkbar, daß ein Blinder durch angeborene besondere Fähigkeiten oder durch Unterricht in einer Blindenschule oder auf sonstige Weise in den Stand gesetzt ist, sich durch geeignete Arbeit seinen Lebensunterhalt zu erwerben, und zwar nicht nur mittels Gewöhnung an die Beschäftigungsverhältnisse bei einem bestimmten Arbeitgeber, sondern auf dem allgemeinen Arbeitsmarkte. — Er wird dann als erwerbsfähig und demgemäß als dem Versicherungszwange des Gesetzes unterworfen anzusehen sein.
- Nr. 595, vom 29. Mai 1895.** Den Versicherungsanstalten steht auf Grund des § 12 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes das Recht zu, eine Krankenhausbehandlung des Versicherten zu verlangen, gleichviel, ob dieser einer Krankenkasse angehört beziehungsweise angehört hat, oder nicht.
- Nr. 596, vom 24. Oktober 1896.** Eine Versicherungsanstalt, welche die Befugniß aus § 12 Absatz 1 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes ausüben will, muß ihren Entschluß, das Heilverfahren zu übernehmen, ausdrücklich, unbedingt und unter Hinweis auf die Folgen einer Ablehnung dem Versicherten eröffnen. Auch kann nur ein unberechtigtes Handeln oder Unterlassen des Versicherten die Annahme begründen, daß er sich dem Heilverfahren „entzogen“ habe.
- Nr. 597, vom 12. December 1896.** Einem Versicherten, der ausschließlich durch einen Betriebsunfall invalide geworden ist, steht gleichwohl die Invalidenrente insoweit zu, als sie die gewährte Unfallrente übersteigt. Dieser Grundsatz findet auch dann Anwendung, wenn der Versicherte ursprünglich eine die Invalidenrente übersteigende Unfallrente zugebilligt erhalten hatte und derselben nur deshalb zum größeren Theile verlustig gegangen ist, weil er ein Heilverfahren vereitelt hat, dem er sich nach den Grundsätzen der Unfallversicherung zu unterziehen, verpflichtet war.
- Nr. 598, vom 21. Juli 1897.** Die Anrechnung einer Krankheit, die theils in die Zeit vor, theils in die Zeit nach dem 1. Januar 1891 fällt, ist auch bei Geltendmachung eines Anspruchs auf Altersrente nur bis zur Dauer eines Jahres zulässig.
- Nr. 599, vom 18. Juni 1897.** Bei Ansprüchen auf Beitragserstattung nach § 30 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes kann die Nachbringung von Pflichtmarken für versicherungspflichtige Arbeit aus der Zeit vor der Eheschließung insbesondere auch noch nach Ablauf der für die Anmeldung des Erstattungsanspruchs gesetzten dreimonatigen Frist erfolgen, die nur für die der Versicherten obliegende Willenserklärung darüber gilt, ob sie die Auflösung der Versicherungsverhältnisse anstatt der Fortsetzung desselben wählen will.

- Nr. 600, vom 8. Mai 1897.** Der Empfang vererbter Rentenrückstände seitens der Wittve des Versicherten schließt deren Anspruch auf Beitragserstattung nach § 31 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes aus.
- Nr. 601, vom 26. Mai 1897.** Der Anspruch auf Beitragserstattung ist nicht ausgeschlossen, wenn der verstorbene Versicherte noch bei Lebzeiten seinen Anspruch auf Invalidenrente erhoben hat, eine Entscheidung über den Rentenananspruch aber bis zum Tode nicht ergangen ist.
- Nr. 602, vom 26. Mai 1897.** Für die Frage, ob ein verstorbener Rentenanwärter noch in den Genuß einer Rente getreten war, und ob somit der Anspruch seiner Wittve auf Beitragserstattung gemäß § 31 Absatz 1 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes wegfällt, ist lediglich maßgebend, ob dem genannten selbst noch der eine Rente festsetzende Bescheid der zuständigen Feststellungsbehörde zugestellt worden ist. Nur wenn dies nicht zutrifft, der Versicherte also noch vor der Behändigung des Rentenbewilligungsbescheides verstorben ist, hat die Beitragserstattung nach § 31 a. a. O. zu erfolgen, und es kommt in dieser Beziehung auch nicht weiter auf den zufälligen Umstand an, ob der Zeitpunkt des Eingangs der Anweisung zur Auszahlung der Rente bei der zuständigen Postanstalt mit dem der Zustellung des Bescheides an den Berechtigten zusammenfällt oder nicht.
- Nr. 603, Bescheid vom 26. Juni 1897** über die Versicherungspflicht der in § 133a der Gewerbeordnung aufgeführten Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker ist in seinem Wortlaute in den Amtlichen Nachrichten der Versicherungs-Anstalt von 1897, S. 33 ff. bereits mitgetheilt.

Auf die im nichtamtlichen Theile der Nr. 9 der Amtlichen Nachrichten des Reichs-Versicherungs-Amtes 1897 S. 419 bekannt gegebene, die Strafvorschrift des § 151 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes behandelnde Entscheidung des Ersten Straßenats des Reichsgerichts vom 24. Juni 1897 wird aufmerksam gemacht.

Personalien.

Veränderungen im Vorsitz der Schiedsgerichte.

Es sind ernannt worden:

- a) der Amtsrichter Guschall in Löwenberg zum stellvertr. Vorsitzenden des Schiedsgerichts daselbst,
- b) der Landrichter Meyer in Oels zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts für den Kreis Oels,
- c) der Regierungsassessor Dr. Andriks in Liegnitz zum Vorsitzenden und
- d) der Regierungsassessor Dr. Wortsfeld ebenda zum stellvertr. Vorsitzenden des Schiedsgerichts Vollenhain,
- e) der Landgerichtsrath Wohlfahrt in Brieg zum stellvertr. Vorsitzenden des Schiedsgerichts daselbst.